

# Lehman-Geschädigte bereiten Sammelklage vor

Weniger als 10% der Lehman-Opfer haben von der Credit Suisse eine Offerte erhalten, sagen Konsumentenschützer.

Daniel Hug, Charlotte Jacquemart

Die Credit Suisse hat in der Schweiz viele Anleger nicht entschädigt, die aufgrund der Lehman-Pleite ihr investiertes Geld verloren haben. «Weniger als 10% der geschädigten Anleger, die sich bei uns gemeldet haben, haben von der Credit Suisse eine Offerte für eine Entschädigung erhalten», sagt Mathieu Fleury von der Konsumentenorganisation Fédération Romande des Consommateurs. Auf ihrer Plattform, die über den Lehman-Konkurs informiert, hätten sich 500 Personen eingeschrieben. «350 davon haben uns mandatiert, ihr Anliegen über einen Anwalt zu vertreten», so Fleury. Darunter seien viele Leute, die am Ende des Berufslebens stünden und die auf Initiative ihres Bankberaters Lehman-Produkte kauften. «Die 350 Anleger haben insgesamt rund 16 Mio. Fr. in Lehman-Papiere investiert.» Es handelt sich um typische Kleinanleger, die im Schnitt etwa 45 000 Fr. in Lehman-Produkte setzten.

Bei der Vereinigung «Anleger Selbsthilfe», die vom Zürcher Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer koordiniert wird, hat sich ebenfalls eine «dreistellige Zahl» von Geschädigten gemeldet, die rund 10 Mio. Fr. in Lehman-Papiere investierten. «Wir haben



Hanspeter Häni (Keystone)

das Gespräch mit der CS gesucht, aber die Grossbank schweigt», sagt Fleury. «Wir versuchen nun über unseren Anwalt eine gerichtliche Lösung zu finden.» Wo die CS eine Rücknahme der Lehman-Papiere angeboten habe, hätten die Kunden das Angebot auch angenommen. Doch vielen sei überhaupt kein Angebot vorgelegt worden.

Geschädigte können sich in der Schweiz an die Schlichtungsstelle der Banken wenden, an den Bankenombudsmann Kurt Häni. Er ist nicht einfach zu erreichen: Seine Stelle nimmt Anrufe nur zwischen 8 Uhr 30 und 11 Uhr 30 entgegen. Die Beschwerdestelle

ist gefragt: «Wir werden beansprucht wie noch nie», sagt Häni. Um die Flut von Anfragen zu meistern – laut einer Mitteilung vom September sind es etwa zehnmal so viel wie üblich –, hat Häni offenbar mehrere Leute zusätzlich eingestellt, darunter auch pensionierte Bankangestellte. «Ich habe das Personal erweitert, das ist klar», bestätigt Häni, ohne eine Zahl zu nennen.

«Das Problem des Bankenombudsmanns besteht darin, dass er nicht eine parteilose Stelle ist», kritisiert Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz SKS. «Er wird von den Banken bezahlt – und damit besteht eine bestimmte Abhängigkeit.»

Auch der Niedergang des Hedge-Funds-Managers Madoff beschäftigt Anwalt Daniel Fischer. Er bestätigt, dass seine Kanzlei sehr viele Anfragen – vor allem aus dem Ausland – von Madoff-Opfern habe. Er führt dies auf seine Tätigkeit rund um die Sammelklage zurück, die er für Investoren aufgleist, die in Produkte von Lehman Brothers investiert hätten. «Wir sind im Moment daran zu prüfen, ob gewisse Banken oder Fondsgesellschaften die Publizitätspflichten, die für Fonds gelten, in der Madoff-Affäre verletzt haben», sagt Fischer. Falls dies der Fall wäre, kann er sich vorstellen, Investoren zu sammeln, um eine gemeinsame Klage anzustrengen. Allerdings erinnert Fischer daran, dass es auch viele Trittbrettfahrer gebe, welche glaubten, sie könnten nun für ihre Wertschriftenverluste Dritte verantwortlich machen.